

     Aktualisiert: 11.03.2015 - 10:49

Stadt lädt Münchner Kommunisten aus

Fürstenfeldbruck - Die Initiative Arme Leute ohne Geld muss für einen Vortrag neue Räume suchen.

Mit dem Titel „Im Würgegriff der Fremdmächte“ hatte die Initiative „Arme Leute ohne Geld“ (ALoG) für diesen Samstag zu einem Vortrag in den Bürgerpavillon an der Fürstenfeldbrucker Heimstättenstraße eingeladen. Auf dem Plakat wurde auch die Vereinigung „Anarchisten Rätekommunisten München“ genannt. Die Stadt Fürstenfeldbruck hatte die Veranstaltung zunächst genehmigt, die Erlaubnis nun aber zurück genommen. Die Begründung: Man will keine politischen Veranstaltungen in Häusern der Stadt.

Der Historiker und Nahost-Experte Nik Brauns sollte über den Syrienkonflikt sprechen. Brauns ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter der innenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Ulla Jelpke. „Wir haben das Thema ein bisschen zugespitzt, um darauf aufmerksam zu machen“, sagt Heinz Weiß von ALoG. Der Brucker organisiert die Veranstaltung. Letztlich wolle man die Hintergründe und Ursachen für die Flucht vieler Syrer und die Verfolgung der Christen aufzeigen.

Mit diesem Ansinnen war ALoG an die Verantwortlichen im Bürgerpavillon herangetreten, berichtet Roland Klehr von der Brucker Stadtverwaltung. Und wie andere Veranstalter auch habe er eine Zusage erhalten.

Doch nach Recherchen habe man die Einladung mit der Schlagzeile „Im Würgegriff fremder Mächte und der Kampf der Kurden um Autonomie! Die BRD als Brandstifter?“ entdeckt - und der ALoG die Genehmigung wieder entzogen. „Wir sind ohnehin gehalten, in städtische Liegenschaften keine politischen Parteien zu lassen“, sagt Roland Klehr. „Und der Vortrag ist doch sehr meinungsprägend und -beeinflussend.“

Heinz Weiß von ALoG weist den Vorwurf zurück. „Thema, Plakat und Referenten waren bekannt.“ Daher ärgert ihn die Absage ein bisschen. „Wir haben Versammlungs- und Redefreiheit.“

Nun ist er auf der Suche nach einem anderen Veranstaltungsort - einem Lokal vielleicht oder einem Pfarrsaal. Und er wird sich am Samstag an den Bürgerpavillon stellen, um die Zuhörer umzuleiten.

ANZEIGE

11. März 2015, 22:03 Fürstenfeldbruck

Stadt lädt Veranstalter aus

Erwerbslosengruppe darf nicht in den Brucker Bürgerpavillon

Von Peter Bierl, Fürstenfeldbruck

Die Stadt Fürstenfeldbruck hat ihre zunächst erteilte Genehmigung widerrufen, für eine Veranstaltung am Samstag den Bürgerpavillon zu nutzen. Dabei sollte es um den Bürgerkrieg in Syrien gehen. Die Stadt fürchtet eine zu einseitige und emotionale Behandlung des Themas. Verwaltungsleiter Roland Klehr begründete die Entscheidung am Mittwoch mit der Überzeugung, dass da "nicht bloß Fachleute sprechen". Allein die Zeile "Die BRD als Brandstifter" auf einem Flyer "geht gar nicht", findet er. Ein solcher Auftritt wäre ein Präzedenzfall, auf den sich andere Gruppen berufen könnten, die städtische Räume nutzen wollen. "Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, aber das ist die falsche Richtung."

Veranstalter sind die Brucker Selbsthilfeinitiative für Erwerbslose "Arme Leute ohne Geld" (ALoG) sowie ein "Syrien-Komitee". Sie hatten zwei Referenten eingeladen, die nach Angaben von ALoG-Sprecher Heinz Weiß ausgewiesene Experten sind. Der Journalist Nik Brauns etwa spreche kurdisch und sei in der von der Terrormiliz IS attackierten Stadt Kobane gewesen. Brauns ist Mitarbeiter der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Der Titel auf dem Flyer lautet: "Syrien - Im Würgegriff fremder Mächte und der Kampf der Kurden um Autonomie! Die BRD als Brandstifter?" Neben den Namen der Referenten ist zu lesen, dass Kurzreferate zu Syrien, Libanon, Irak, Iran und die Beteiligung der Bundesrepublik geplant seien.

Weiß erklärte, er habe die Veranstaltung im Rathaus ordnungsgemäß angemeldet, mit den Verantwortlichen im Pavillon gesprochen und eine Zusage erhalten. "Wir haben einen Vertrag, aber dann hat es mündlich geheißen, das geht nicht." Dagegen wirft Klehr den Organisatoren vor, gegenüber städtischen Mitarbeitern ganz andere Angaben gemacht zu haben als auf dem Flyer zu lesen sind. Weiß sagte, man werde sich wie geplant am Samstag um 17 Uhr vor dem Pavillon treffen und die Veranstaltung dann an einen anderen Ort verlegen.

Ist es erlaubt nicht nur mitzujammern, sondern auch zu fragen, wer die Täter sind; zu fragen, wer die Mörder bezahlt; zu fragen, wer nicht hilft; zu fragen, wie ist „Deutschland“ daran beteiligt? Ist man deshalb böser Kommunist?

Quelle: am 12. März 2015:

<http://www.merkur-online.de/politik/hilfsorganisationen-werfen-den-un-versagen-in-syrien-vor-zr-4810237.html>



Eine Mörsergranate liegt in Kobane zwischen den Trümmern. Foto: Antonio Pampliega © Antonio Pampliega

Aktualisiert: 12.03.2015 - 14:25

Helfer klagen an: Lage in Syrien immer hoffnungsloser

Syrien versinkt in Finsternis. Seit vier Jahren sterben dort Menschen - jeden Monat, jede Woche, jeden Tag. Ist die Welt zum Nichtstun verdammt? Hilfsorganisationen führen bittere Klage - auch über das Unvermögen der Vereinten Nationen.

Den Vereinten Nationen sei es nicht gelungen, die Menschen in dem Land zu schützen, heißt es in dem Bericht "Failing Syria" (Versagen in Syrien) zum vierten Jahrestag des Beginns des Aufstands gegen Präsident Baschar al-Assad am 15. März 2011.

2014 hätten die Syrer das blutigste Jahr des Konflikts erlebt, heißt es in dem Bericht der 21 Organisationen, darunter Oxfam, World Vision, Pax Christi International, Save the Children und Handicap International. Allein im vergangenen Jahr seien 76 000 Menschen getötet worden, mehr als ein Drittel der Toten der vierjährigen Gewalt. Seit 2011 kamen insgesamt 220 000 Menschen ums Leben.

Die Zahl der kaum zu erreichenden Hilfebedürftigen habe sich innerhalb eines Jahres auf 4,8 Millionen mehr als verdoppelt. 5,6 Millionen Kinder seien auf Hilfe von außen angewiesen, fast ein Drittel mehr als im Vorjahr.

"Die bittere Realität ist, dass der UN-Sicherheitsrat die UN-Resolutionen nicht umgesetzt hat", sagte Kathrin Wieland von Save the Children. "Das vergangene Jahr war das dunkelste seit Ausbruch dieses fürchterlichen Krieges."

Auch buchstäblich versinkt Syrien zunehmend in Finsternis, wie Satellitenbilder seit 2011 zeigen. Mittlerweile liegen nachts 83 Prozent des Landes im Dunkeln. In den am schlimmsten betroffenen Gebieten wie Aleppo sind 97 Prozent der Beleuchtung erloschen. "Die seit vier Jahren andauernde Gewalt hat die Infrastruktur in weiten Teilen des Landes zerstört und die Stromversorgung drastisch reduziert", erklärte der Generalsekretär von Care Deutschland-Luxemburg, Karl-Otto Zentel.

"Diese schlimmste humanitäre Krise unserer Zeit sollte eigentlich große globale Unterstützung auslösen, stattdessen geht die Hilfe weiter zurück", klagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres. Weil keine politische Lösung in Sicht sei, gebe es für die 3,9 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, im Irak und in Ägypten keine Aussicht auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Weitere 4,8 Millionen seien Vertriebene im eigenen Land - mehr als 212 000 von ihnen in belagerten Kampfzonen.

Für immer mehr Kinder wird der Krieg in Syrien zum bitteren Überlebenskampf. Nach Schätzungen des UN-Kinderhilfswerkes (Unicef) sind rund 14 Millionen Kinder und Jugendliche in der Region direkt oder indirekt von dem Konflikt betroffen. "Unsere Prioritäten sind sauberes Wasser, Schulbildung und Hilfe für traumatisierte Kinder", sagte die Leiterin von Unicef in Syrien, Hanaa Singer.

Die Hilfsappelle von Unicef fanden aber kaum noch Resonanz. "Wir schätzen, dass wir in diesem Jahr 297 Millionen US-Dollar (rund 280 Mio. Euro) für unsere Operationen in Syrien brauchen werden, davon sind bisher erst drei Prozent eingegangen", sagte Singer der Deutschen Presse-Agentur. Für die Einsätze in der Konfliktregion veranschlagt Unicef dieses Jahr 903,5 Millionen Dollar.

Schon 2013 waren die Hilfen der Vereinten Nationen nur zu 71 Prozent finanziert, 2014 seien es nur noch 57 Prozent gewesen. "Die Lage in Syrien wird immer dramatischer, noch nie mussten die Vereinten Nationen in einer Krise so viel Hilfe leisten", heißt es im Bericht der 21 Hilfsorganisationen.

Robert Lindner von Oxfam forderte: "Die Regierungen einflussreicher Staaten müssen endlich dafür sorgen, dass der Konflikt nicht weiter angeheizt wird und dass die Nothilfemaßnahmen massiv ausgeweitet werden." Sie müssten den Druck auf die Konfliktparteien erhöhen.

12. März 2015 14:20

Konflikte

Helfer klagen an: Lage in Syrien immer hoffnungsloser

Direkt aus dem dpa-Newskanal

New York/Genf/Berlin (dpa) - Angesichts der desolaten humanitären Lage in Syrien nach vier Jahren Bürgerkrieg haben Hilfsorganisationen dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen völliges Versagen vorgeworfen. Keine der UN-Resolutionen habe etwas bewirkt.

Den Vereinten Nationen sei es nicht gelungen, die Menschen in dem Land zu schützen, heißt es in dem Bericht "Failing Syria" (Versagen in Syrien) zum vierten Jahrestag des Beginns des Aufstands gegen Präsident Baschar al-Assad am 15. März 2011.

2014 hätten die Syrer das blutigste Jahr des Konflikts erlebt, heißt es in dem Bericht der 21 Organisationen, darunter Oxfam, World Vision, Pax Christi International, Save the Children und Handicap International. Allein im vergangenen Jahr seien 76 000 Menschen getötet worden, mehr als ein Drittel der Toten der vierjährigen Gewalt. Seit 2011 kamen insgesamt 220 000 Menschen ums Leben.

Die Zahl der kaum zu erreichenden Hilfebedürftigen habe sich innerhalb eines Jahres auf 4,8 Millionen mehr als verdoppelt. 5,6 Millionen Kinder seien auf Hilfe von außen angewiesen, fast ein Drittel mehr als im Vorjahr.

"Die bittere Realität ist, dass der UN-Sicherheitsrat die UN-Resolutionen nicht umgesetzt hat", sagte Kathrin Wieland von Save the Children. "Das vergangene Jahr war das dunkelste seit Ausbruch dieses fürchterlichen Krieges."

Auch buchstäblich versinkt Syrien zunehmend in Finsternis, wie Satellitenbilder seit 2011 zeigen. Mittlerweile liegen nachts 83 Prozent des Landes im Dunkeln. In den am schlimmsten betroffenen Gebieten wie Aleppo sind 97 Prozent der Beleuchtung erloschen. "Die seit vier Jahren andauernde Gewalt hat die Infrastruktur in weiten Teilen des Landes zerstört und die Stromversorgung drastisch reduziert", erklärte der Generalsekretär von Care Deutschland-Luxemburg, Karl-Otto Zentel.

"Diese schlimmste humanitäre Krise unserer Zeit sollte eigentlich große globale Unterstützung auslösen, stattdessen geht die Hilfe weiter zurück", klagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres. Weil keine politische Lösung in Sicht sei, gebe es für die 3,9 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, im Irak und in Ägypten keine Aussicht auf eine Rückkehr in ihre Heimat. Weitere 4,8 Millionen seien Vertriebene im eigenen Land - mehr als 212 000 von ihnen in belagerten Kampfzonen.

Für immer mehr Kinder wird der Krieg in Syrien zum bitteren Überlebenskampf. Nach Schätzungen des UN-Kinderhilfswerkes (Unicef) sind rund 14 Millionen Kinder und Jugendliche in der Region direkt oder indirekt von dem Konflikt betroffen. "Unsere Prioritäten sind sauberes Wasser, Schulbildung und Hilfe für traumatisierte Kinder", sagte die Leiterin von Unicef in Syrien, Hanaa Singer.

Die Hilfsappelle von Unicef fänden aber kaum noch Resonanz. "Wir schätzen, dass wir in diesem Jahr 297 Millionen US-Dollar (rund 280 Mio. Euro) für unsere Operationen in Syrien brauchen werden, davon sind bisher erst drei Prozent eingegangen", sagte Singer der Deutschen Presse-Agentur. Für die Einsätze in der Konfliktregion veranschlagt Unicef dieses Jahr 903,5 Millionen Dollar.

Schon 2013 waren die Hilfen der Vereinten Nationen nur zu 71 Prozent finanziert, 2014 seien es nur noch 57 Prozent gewesen. "Die Lage in Syrien wird immer dramatischer, noch nie mussten die Vereinten Nationen in einer Krise so viel Hilfe leisten", heißt es im Bericht der 21 Hilfsorganisationen.

Robert Lindner von Oxfam forderte: "Die Regierungen einflussreicher Staaten müssen endlich dafür sorgen, dass der Konflikt nicht weiter angeheizt wird und dass die Nothilfe Maßnahmen massiv ausgeweitet werden." Sie müssten den Druck auf die Konfliktparteien erhöhen.

<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/konflikte-helfer-klagen-an-lage-in-syrien-immer-hoffnungsloser-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-150312-99-01534>

Betreuer „Bürgerkrieg“ gegen Syrien:

Warum „wir“ dieses Mal für Islamisten sein müssen und die Russen mal wieder die Bösen sind

So wird es einem jeden Tag im Fernsehen und von der Zeitung erzählt: Der „Bürgerkrieg“ in Syrien besteht darin, dass eine Regierung mit Waffengewalt gegen „ihr Volk“ zuschlägt und die Aufständischen schon allein deswegen politisch und vor allem auch moralisch schwer im Recht sind. Das ist eine von keinerlei Kenntnissen über die politischen und ökonomischen Verhältnisse in dieser arabischen Republik getriebene Parteilichkeit, die natürlich rein zufällig ziemlich deckungsgleich ist mit den Positionen der NATO-Regierungen und ihren Partnern unter den Monarchien und Emiraten im Nahen Osten. Und diese Parteilichkeit lässt sich auch nicht durch die gelegentlich nachzulesenden historischen Informationen verunsichern – so etwa, dass etwa Vater Assad durchaus mit Zustimmung der westlichen Staatengemeinde in früheren Jahren gegen aufständische Islamisten in seinem Land äußerst brutal vorging. Das hat nicht dazu geführt, dass dem syrischen Regime von außen die Machtfrage gestellt und offen ein Regime-Change gefordert oder gar eine bewaffnete Opposition auf- und ausgerüstet worden ist. Im Gegenteil: Bush Senior gliederte Syrien in seine „Koalition der Willigen“ für den ersten Irak-Krieg ein, deutsche Außenminister – zuletzt Steinmeier – sprachen in Damaskus vor, und selbst im Dauerkonflikt zwischen Syrien und Israel wegen der Golan-Höhen ergriff der Westen nicht so umstandslos Partei für Israel.

Es scheint es der Regierung nicht zu gelingen, gestützt auf ihre Armee und Polizei und die Loyalität der Parteimitglieder, den Aufruhr zu brechen und Ruhe & Ordnung wieder herzustellen. Wie selbstverständlich geht man hierzulande davon aus, dass „uns“ die „Zukunft Syriens“ angeht, und die Berichterstattung kümmert sich darum, dass die vorab feststehende Festlegung von Freund und Feind immer neu vorgeführt und bebildert wird.

– Monatelang wird der Eindruck vermittelt, die syrische Armee schieße grundlos auf friedliche Demonstranten. Wie erklärt man dann die nicht zu übersehende Tatsache, dass Massenaufmärsche, in deren Rahmen Polizeistationen gestürmt und Staatsdiener gelyncht werden, nicht ganz dasselbe wie deutsche Montagsdemonstrationen sind, dass manche von den friedlichen Demonstranten also wohl bewaffnet gewesen sein müssen? Die Bewaffnung der Aufständischen sowie die von ihnen ausgeübte Gewalt ist nur die verzweifelte und empörte Reaktion auf das – unerschütterte festgehaltene – grundlose Morden des Regimes. Viele von ihnen seien Überläufer aus Assads Armee, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten, auf Landsleute zu schießen, und sie hätten zweckmäßigerweise ihre Waffen gleich mitgebracht, um jetzt damit die Richtigen umzubringen.

– Dann gibt es Bilder von Kampfhubschraubern und Flugzeugen der Regierung, die Stadtteile bombardieren. Die Bilder, die für sich sprechen sollen, tun es nicht: Es braucht schon noch die Klarstellung, wer sich hier an unschuldigen Zivilisten vergeht: In diesem Fall sind die Bilder so zu verstehen, dass die syrische Regierung wahllos Wohnviertel bombardiert, weil sie gar nicht die Aufständischen, sondern möglichst viele Menschen töten will – die Aufständischen, die sich an der Schießerei heftig beteiligen, hat es wohl ganz zufällig dorthin verschlagen? In anderen Kriegen mit anderen Parteilichkeiten richtet sich der Vorwurf an die Kräfte, die sich in Wohngebieten verschanzen und die Anwohner als lebende Schutzschilde benutzen.

– Nach einem Jahr erfährt das Publikum, dass ausländische Kämpfer und angeheuerte Islamisten an vorderster Front im „Bürgerkrieg“ stehen und zusammen mit ihren Waffen ihren Jihad (heiligen Krieg) nach Syrien tragen. Das ist nach Auskunft unserer Medien nicht schön – man weiß ja: Al-Kaida und so –, kann aber die grundsätzliche Sortierung in Freund und Feind nicht erschüttern. Auch hier gilt: Es handelt sich um die Reaktion auf eine Regierung, die grundlos ihre Volksbasis ermordet, und da ist dann sogar der islamistische Umsturzwillig verständlich – und Hilfe für die vorerst noch unterlegenen Guten von der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) ist aus jeder Richtung willkommen.

– Wenn dann auch von den Anti-Assad-Kräften Massaker und Menschenrechtsverletzungen ruchbar werden, dann stellen die Gräueltaten die Bürgerkriegsparteien nicht etwa moralisch auf dieselbe Stufe, sondern beweisen nur, wie weit die Verrohung sogar der Guten durch den Freiheitskampf gediehen ist den ihnen das Regime aufgezwungen hat. Bei ihnen ist Bestialität Ausdruck unbeherrschter Wut, die sich in jahrelanger Unterdrückung aufgestaut hat – sogar dann, wenn die Täter gar nicht aus Syrien stammen –, beim Assad-Regime ist dasselbe Ausdruck seines Charakters.

– Inzwischen häufen sich Berichte, die nicht nur vom Kampf der Syrer gegen den Unterdrücker, sondern von einem Stellvertreterkrieg auf syrischem Boden erzählen. Den führen erstens die um regionale Vormacht ringenden Nachbarstaaten Saudi-Arabien und Iran, zweitens die Weltmächte USA gegen Russland und China. Das Volk – gerade noch Subjekt der „Arabellion“ – ist jetzt bloß noch

Manövriermasse und Leidtragender einer globalen Machtkonkurrenz. An der Verurteilung Assads ändert das aber gar nichts. Er hat – wieder im Interesse der unschuldigen Zivilbevölkerung – umso schneller das Feld zu räumen, damit der Konflikt der Weltmächte beigelegt werden und Frieden einkehren kann.

Außer mit der moralischen Bewertung der Kriegsparteien sorgt die Presse dafür, dass das Publikum die „Ablenkungsmanöver“ des Regimes durchschaut:

– Von Assad und seiner Mannschaft erfährt man, dass sie die Unzufriedenheit durch Reformen zu besänftigen versuchen. Ob die Veränderungen die angebliche syrische Sehnsucht nach demokratischer Regierung stillen oder der verbreiteten Armut abhelfen könnten, das wird von westlichen Kommentatoren gar nicht erst einer Beurteilung für wert befunden. Man entlarvt Assads Reformen als „Scheinzugeständnisse, um sich an der Macht zu halten“. Die ganze westliche Öffentlichkeit präsentiert sich so als Auftraggeber des Aufstands: Sie buchstabiert den syrischen Rebellen vor, mit welchem Resultat ihres Aufstands sie zufrieden wären und welches Ergebnis gar nicht in Frage kommt.

Wen der syrische Staatspräsident womit und bei was überhaupt stört und was „uns“ das alles angeht, braucht der deutsche Leser gar nicht zu wissen, wenn er nur weiß, auf welcher Seite er steht. Das ist *politisch korrekt*, intellektuell jedoch eine Schande: Vor lauter parteilicher Unterscheidungsmanie gerät völlig aus dem Blick, worin sich die Gegner gar nicht unterscheiden: Sie führen Krieg um das Gewaltmonopol des syrischen Staates und dafür wenden sie alle ihnen verfügbare Gewalt an. Der *wirkliche* Unterschied zwischen ihnen ist dann der, der sich aus der Durchschlagskraft ihrer Waffen ergibt.

Neben der täglichen Schulung in Parteilichkeit klären die Medien auch ganz ungeniert über die äußeren Interessenten auf, die das Gemetzel anstacheln und ausrüsten. Man kann durchaus erfahren, welche großen und kleineren Staaten und militante NGOs da engagiert sind und es gibt auch Hinweise, welche Interessen und Absichten sie dabei verfolgen.

– Die USA und ihr waffenstarrer engster Verbündeter vor Ort, Israel, wollen schlicht und erklärtermaßen den Untergang von „Assads Syrien“, wollen den Präsidenten also weg haben, tot oder lebendig. Er stört sie bei ihren Ordnungsvorstellungen für den Nahen Osten, unterstützt mit Hizbullah und Hamas „Terroristen“ im Libanon und in Gaza, und, nicht zuletzt: er unterhält gute Beziehungen zum Iran, den man ja notfalls auch demnächst mit einem Krieg fertig machen will.

– Saudi-Arabien und die Golfemirate finanzieren im großen Stil die bewaffnete Opposition gegen Assad, machen Propaganda über ihre Fernseh- und Radiosender und lassen sich von den USA zu einer arabischen Gegenmacht gegen den Iran auf- und ausbauen.

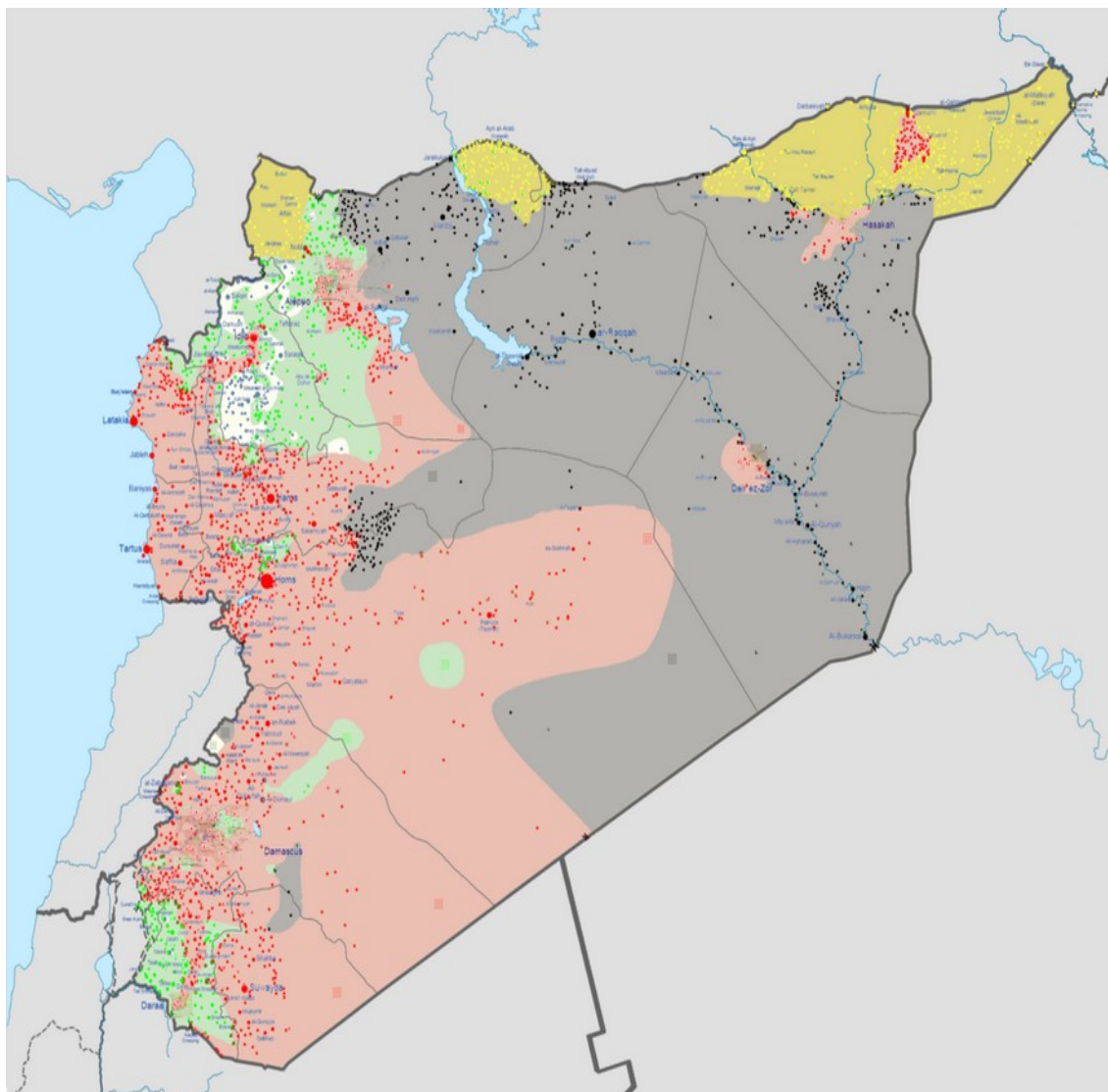
– Die Türkei, die ebenso Ambitionen auf eine regionale Großmachtposition verfolgt, bietet den Aufständischen auf ihrem Territorium ein Rückzugs- und Aufmarschgebiet – und nimmt die staatliche syrische Gegenwehr zum Anlass, selbst militärisch in den Konflikt einzugreifen.

– Russland will sich keinesfalls durch den Sturz Assads endgültig aus dieser Weltgegend ausmischen lassen und übt deshalb bedingt Loyalität zum traditionellen Bündnispartner, ist daran interessiert, dass *der* weiterkämpfen kann.

– Und China verweigert zusammen mit Russland einen gemeinsamen Beschluss im UN-Sicherheitsrat. Dass sie dabei als „Verhinderer einer Friedenslösung“ angeprangert werden, ist ihnen egal, denn sie wissen, dass es um etwas anderes geht: Amerika will alle anderen Mächte auf seine Position festlegen und seinen Weltführungsanspruch untermauern. Das machen die, die auf dieser hohen Ebene mit den USA konkurrieren, schlicht und einfach nicht mit.

So wird der demokratisch-mündige Bürger in der freien westlichen Welt mit kühlen strategischen und militärischen Kalkülen vertraut gemacht, für die das Blutvergießen in Syrien gut oder schädlich sein soll. Spätestens hier könnte und müsste ihm klar werden, wie verfehlt die Einteilerei „Wer sind die Guten, wer sind die Bösen“ ist. Hier werden an Syrien und unter Benutzung Syriens Entscheidungsfragen, die die Weltordnung betreffen, zwischen mittleren und großen Mächten ausgefochten. Und eines steht mal fest: Darüber, dass währenddessen in Syrien in die Leute krepieren, regen die sich garantiert nicht auf.

„Bürgerkrieg“ in Syrien, Lage März 2015



März 2011 bis heute

Datum

- Von Syrischer Regierung kontrollierte Gebiete
- Von Syrischer Opposition kontrollierte Gebiete
- Von „Islamischer Staat“ kontrollierte Gebiete
- Von Kurdischer Nationalrat kontrollierte Gebiete

Ort

Syrien

Ausgang

offen

Konfliktparteien		
<p> Regierung (Baath-Partei, Koalitionsparteien und loyale Opposition)</p> <ul style="list-style-type: none">  Armee  Baath-Brigaden Schabiha-Miliz  Dschaisch Muwahidin  Syrischer Widerstand <p>Verbündete:</p> <ul style="list-style-type: none"> Hisbollah Quds-Einheit 	<p> Opposition</p> <ul style="list-style-type: none">  Freie Syrische Armee <ul style="list-style-type: none"> Faruq-Brigade  Liwaa al-Umma <p>Unterstützt von:</p> <ul style="list-style-type: none">  Vereinigte Staaten  Türkei  Saudi-Arabien  Katar 	<p>Mudschaheddin</p> <ul style="list-style-type: none">  Islamischer Staat sowohl gegen regierungstreue Truppen als auch Teile der Opposition <hr/> <ul style="list-style-type: none">  al-Nusra-Front  Islamische Front <ul style="list-style-type: none"> Ahrar al-Scham Liwa al-Islam Islamische Befreiungsfront Syrische Islamische Front
<p>Unterstützt von:</p> <ul style="list-style-type: none">  Russland  Iran  Nordkorea 	<p> Kurden, Assyrer/Aramäer</p> <ul style="list-style-type: none">  Volksverteidigungseinheiten  Kurdischer Nationalrat  Dschabhat al-Akrad (FSA-Brigade)  Militärrat der Suryoye  Sutoro  Peschmerga 	
	<p>Unterstützt von:</p> <ul style="list-style-type: none"> Asayesch  Vereinigte Staaten^[1] 	

Der Bürgerkrieg in Syrien ist eine militärische Auseinandersetzung zwischen Truppen der Regierung von Präsident [Baschar al-Assad](#) und den Kämpfern verschiedener Oppositionsgruppen. Der Auslöser des Bürgerkriegs war ein friedlicher Protest im Zuge des [Arabischen Frühlings](#) Anfang 2011, der zum bewaffneten Konflikt eskaliert ist. Eine wachsende Einflussnahme von Interessengruppen aus dem Ausland gewann mit der anhaltenden Auseinandersetzung an Bedeutung und neben dem Zustrom von Geld und Waffen kämpften auch immer mehr ausländische Freiwillige und Söldner in [Syrien](#). Die ursprüngliche Motivation der Opposition, die [Demokratisierung](#) Syriens zu erreichen, spielt seitdem nur noch eine geringe Rolle – der Kampf aus [religiösen](#) und [ethnischen](#) Gründen trat in den Vordergrund.[2]

Die Vereinten Nationen geben an, dass vom März 2011 bis April 2014 191.396 Menschen getötet wurden. [3] Rund 2,6 Millionen Syrer flohen aus ihrem Land und mehr als 9 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht.[4][5] Die UNO bezeichnete die Flüchtlingskrise als die schlimmste seit dem [Völkermord in Ruanda](#) in den 1990er Jahren.[4]

Zwischen den 1960er und 1980er Jahren hatte Syrien eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten unter den nordafrikanischen Staaten und im Nahen Osten. Der Höhepunkt war in den 1970er Jahren mit einer durchschnittlichen Geburtenrate von 7,6 Kindern pro Frau erreicht.[7] In Kombination mit einer im gleichen Zeitraum kontinuierlich sinkenden [Sterberate](#)[8] führte das zu einem Bevölkerungszuwachs von 4,5 auf 13,8 Millionen Menschen zwischen 1960 und 1994.[9] Das Wachstum verlangsamte sich seitdem. 2010 lebten etwa 22,5 Millionen Menschen in Syrien.[10]

Der syrische Staat konnte in den 1970er und 80er Jahren durch Investitionen, die sich aus Wirtschaftshilfen der Sowjetunion, Unterstützung anderer arabischer Staaten, Transfergebühren für irakisches Öl und den Profiten aus einer geringen eigenen Ölförderung zusammensetzten, die syrische Wirtschaft so weit stützen, dass ein hohes Wirtschaftswachstum und ausreichend Arbeitsplätze generiert wurden. Mit dem Wegbrechen der ausländischen Unterstützung und dem Verfall des Ölpreises in den 1980er Jahren übertraf das Bevölkerungswachstum das der nun stagnierenden Wirtschaft deutlich.[11] Noch verschärft wurde die Krise durch das hohe Militärbudget der syrischen Regierung; hohe Arbeitslosenzahlen und massive [Inflation](#) waren die Folgen. Ein Versuch, diese Entwicklungen zu stoppen, war eine Halbierung des Militärhaushalts von 1985 bis 1995.

Die Bevölkerung von Syrien setzt sich [ethnisch](#) aus syrischen [Arabern](#), [Kurden](#), [Sprechern des Aramäischen](#), [Turkmenen](#) und [Palästinensern](#) zusammen. Diese verteilen sich auf verschiedene Religionsgemeinschaften, unter denen die [Sunniten](#) mit über 70 % Anteil an der Bevölkerung die zahlenmäßig stärkste sind. Zu den religiösen Minderheiten des Landes gehören die [Alawiten](#), [Christen](#), die [Drusen](#) und die [Schiiten](#).

Deutschland

Die deutsche Bundesregierung ([Kabinett Merkel II](#)) verurteilte die syrische Regierung für ihre Angriffe auf die Rebellen. Nach syrischen Angriffen auf die Türkei im Oktober 2012 sprach Bundesaußenminister [Guido Westerwelle](#) (FDP) von *schwerwiegenden Vorfällen*. [207]

Im August 2012 bestätigte das [Bundesverteidigungsministerium](#) den Einsatz des deutschen [SIGINT](#)-Schiffes [Oker](#) der deutschen Marine „in internationalen Gewässern im östlichen Mittelmeer“. [208]

Nach Angaben der Bild-Zeitung gibt der [Bundesnachrichtendienst](#) gewonnene Erkenntnisse an US-amerikanische und britische Partnerdienste weiter, von wo aus sie auch an die syrischen Rebellen gelangen sollen. BND-Agenten sind der Zeitung zufolge auch in dem türkischen NATO-Stützpunkt [Adana](#) stationiert, von wo aus sie Telefonate und Funkverkehr aus Syrien abhören sollen. „Wir können stolz darauf sein, welchen wichtigen Beitrag wir zum Sturz des Assad-Regimes leisten“, äußerte laut BamS „ein BND-Mann“. [209] Demnach spiele Deutschland eine größere Rolle im Syrien-Konflikt als bisher bekannt. [210] Im Mai 2013 schätzte der BND die Lage der Rebellen als prekär ein und sah das Regime auf dem Vormarsch, nachdem der Dienst ein Jahr zuvor den Rebellen noch den baldigen Sieg prophezeit hatte. [211]

Bundeskanzlerin Merkel schloss noch im Mai 2013 kategorisch Waffenlieferungen nach Syrien aus. Kurz zuvor hob die EU das Waffenembargo auf Drängen Frankreichs und Großbritanniens für syrische Rebellen auf. [206] Ab 2014 erfolgten [Waffenlieferungen](#) der Bundesregierung an die autonome Region Kurdistans im Irak. Über den genauen Endverbleib dieser Waffen können keine dezidierten Aussagen getroffen werden. [212]

Bewaffnete Opposition

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 begannen sich die Regierungsgegner verstärkt zu bewaffnen und gegen die regulären Streitkräfte zu kämpfen.[66]

Ehemalige Soldaten gründeten die besonders von der sunnitischen Mehrheit [Syriens](#) getragene[35] [Freie Syrische Armee](#) (FSA), die sich als bewaffneter Arm der syrischen Opposition sieht. Die in ihr vereinten [Freischärler](#) sind sehr heterogen zusammengesetzt,[67] sodass von Assad bestritten wird, dass es sich überhaupt um eine Armee handelt.[47] Der Syrische Nationalrat und die FSA werden von den [Golfstaaten](#) finanziell unterstützt,[68] beide haben ihren Sitz in der Türkei.

Ehemalige Mitglieder der syrischen Armee haben sich in der FSA zusammengeschlossen und führen Angriffe auf Regierungstruppen durch, insbesondere in der Gegend von [Homs](#) und [Idlib](#). Ziele sind der Sturz der Regierung und der Schutz der Zivilbevölkerung. Anführer ist der [Sunnit Riad al-Asaad](#). [69] Beim [strategischen](#) Vorgehen der FSA wird versucht, zunächst die Küstenregion vom Landesinneren abzutrennen. Die Linie, an der dies erfolgen sollte, verläuft entlang der Städte [Qusseir](#), [Homs](#), [Rastan](#), [Hama](#) und [Idlib](#). Dieses „Großlibanon“ sollte dann, vergleichbar der Rolle [Bengasis](#) im [Bürgerkrieg in Libyen \(2011\)](#), als Aufmarschgebiet für weitere Kämpfe dienen.[70]

Die Gründung von Militärräten, die die Ordnung in Gebieten aufrechterhalten sollten, aus denen die Truppen der Regierung zuvor vertrieben worden waren, wurde von den USA zunächst unterstützt, jedoch zerfielen diese Konstrukte bald und hatten sich Anfang 2013 in zahlreiche Kleinstverbände zersplittert, unter denen nach US-Angaben auch zahlreiche Kriminelle befanden, die die Zivilbevölkerung drangsalierten. Diese Auflösungserscheinungen der FSA verhalfen wiederum religiös motivierten Gruppierungen zu mehr Ansehen auf Seiten der Rebellen, weil sie sich nicht an Plünderungen beteiligten.[71]

Ein Vertreter des World-Food-Programms gab Ende April 2013 bekannt, dass sich die Befehlskette auf Seiten der Rebellen im letzten Jahr deutlich gelockert habe und mit vielen ihrer Verbände nun einzeln verhandelt werden müsse, um Hilfslieferungen durch ihr Gebiet zu transportieren.[72]

Die Zersplitterung der bewaffneten Opposition wird nach einem Bericht der Washington Post von Mitte Juni 2013 weiter vorangetrieben, da private Sponsoren aus der Golfregion begonnen haben, gezielt Milizen im Bürgerkrieg zu unterstützen, die ihren eigenen, meist radikalen religiösen Ansichten am ehesten entsprechen. Diese Entwicklung entziehe sich jeder Kontrolle.[73]

Die US-amerikanische [Defense Intelligence Agency](#) zählte im Juli 2013 etwa 1.200 Oppositionsgruppen – von kleinen, lokalen Gemeinschaften, die sich beispielsweise zur Sicherstellung der Wasserversorgung eines Ortes gebildet hätten, bis zur grenzüberschreitend agierenden, islamistischen Terrororganisation.[74]

Mudschaheddin

Der [al-Qaida](#) nahestehende Gruppierungen, wie die [al-Nusra-Front](#), die sich zeitweilig als zweitgrößte Oppositionsgruppe neben der Freien Syrischen Armee etabliert hatte, traten Anfang 2012 in Erscheinung. Zugeschrieben werden ihr die schweren Bombenanschläge in Aleppo und Damaskus sowie die Einnahme einiger Stützpunkte der syrischen Armee mit dutzenden Toten. Der al-Qaida-Anführer [Aiman az-Zawahiri](#) hatte bereits seit Beginn der Proteste gegen Assad im Sommer 2011 versucht, seine Organisation als Teil der Bewegung gegen das syrische Regime zu stilisieren, indem er den Konflikt zur Auseinandersetzung mit den Staaten Israel und den USA verklärte, denen er die Unterstützung der Regierung Assad nachsagte.[75] Die Gruppierung [Islamischer Staat im Irak und in der Levante](#) (ISIS), als Teil von az-Zawahiris Organisation, etablierte sich 2013 nach Einschätzung von Beobachtern als dominante militärische Präsenz im Norden Syriens.[76]

Einige lokale Oppositionsgruppen sollen – oft ohne deren Wissen – von al-Qaida unterwandert sein.[77] Die Einschätzung bestätigte sich als die al-Nusra-Front sich mit az-Zawahiri solidarisch erklärte und bekanntgab dessen Ziel, den Aufbau eines [islamischen Regimes](#) in Syrien, zu unterstützen.[78]

Im August 2012 äußerte der Chef des [Bundesnachrichtendienstes](#) (BND) [Gerhard Schindler](#) die Einschätzung, dass die Islamisten, darunter radikale Gruppierungen wie die al-Nusra-Front, in der Opposition in der Minderheit seien. Es spreche viel dafür, dass es zwischen diesen und dem Terrornetzwerk al-Qaida Verbindungen gebe.[79]

Zahlreiche Internet-Videos belegen zudem, dass sich – ähnlich wie im Irak-Krieg – eine Vielzahl von sunnitischen Gruppen gebildet haben, die jetzt gegen die Regierung vorgehen. Auch einige [Libyer](#) kämpfen auf Seiten der Opposition. Im Sommer 2012 mehrten sich die Stimmen westlicher Beobachter, die die Auffassung vertreten, dass sunnitische Islamisten den Großteil der bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Regierungstruppen austragen. Es sei daher auch nicht unwahrscheinlich, dass diesen Gruppen nach

einem möglich erzwungenen Abgang Assads der beherrschende politische Einfluss zufalle.[80]

Kämpfe zwischen der al-Qaida zugeordneten Organisation ISIL und der FSA brachen im Juli 2013 aus.[81] Die FSA erklärte ISIL den Krieg, nachdem diese einen Kommandeur der FSA getötet hatte.[82]

Schwere Gefechte zwischen islamistischen Rebellen der al-Nusra-Front und Kurden brachen erneut im Juli 2013 aus, in deren Verlauf kurdische [Volksverteidigungseinheiten](#) (YPG) die al-Nusra-Front aus der türkisch-syrischen Grenzstadt [Ras al-Ain](#) vertrieben.[83]

Der Zulauf von [dschihadistischen](#) Kämpfern zu verschiedenen Rebellengruppen hat sich mit Dauer des Konfliktes erheblich verstärkt. Ende Mai 2013 räumte der britische Außenminister [William Hague](#) ein, dass Syrien zur „ersten Adresse“ für Dschihadisten aus der ganzen Welt aufgestiegen sei.[84] Im Frühjahr 2013 kämpften schätzungsweise jeweils hundert Freiwillige aus Großbritannien und den Niederlanden, rund achtzig aus Frankreich, mindestens siebenzig aus Belgien und mehr als sechzig aus Deutschland in Syrien gegen das Regime und zumeist für die Errichtung eines islamischen „Gottesstaates“.[85][86] Im Oktober 2013 schätzte der [Bundesverfassungsschutz](#) die Zahl derer aus Deutschland, die sich im syrischen Kriegsgebiet aufhalten oder auf dem Weg dorthin befinden, auf 200 Personen – mit steigender Tendenz.[87] Januar 2014 bezifferten Hague und der französische Präsident [François Hollande](#) die Zahl der dschihadistischen Kämpfer aus ihren Ländern auf „hunderte“ bzw. 700. Gleichzeitig verlautbarte der stellvertretende syrische Außenminister [Faisal al-Miqdad](#), dass westliche Geheimdienste bei syrischen Stellen Interesse an einer Sicherheitskooperation bekundet hätten.[88]

Eine zu Jahresbeginn 2014 veröffentlichte israelische Studie schätzt die Zahl ausländischer Dschihadisten auf 6.000–7.000, davon 4.500 aus der arabischen Welt und 1.000 aus Europa, zumeist junge moslemische Einwanderer der zweiten oder dritten Generation. Die meisten haben sich Rebellengruppen der al-Qaida angeschlossen und fühlen sich dem globalen Dschihad verpflichtet. Schätzungsweise 8–10% sind in dem Konflikt inzwischen umgekommen. Die Geschwindigkeit mit der Kämpfer aus der ganzen Welt für den Dschihad in Syrien mobilisiert werden, übertrifft noch die Rekrutierungsraten im [Afghanistan-](#) und [Irakkrieg](#). Die Freiwilligen sickern hauptsächlich über die 900 km lange türkisch-syrische Grenze in das Land, begünstigt durch die Passivität der türkischen Behörden und die Kontrolle der Grenzübergänge durch die Rebellen. Die Rückkehr von radikalisierten und kampferprobten [Mudschaheddin](#) in ihre Herkunftsländer wird nach den Erfahrungen von Afghanistan als eine potentielle Bedrohung der internationalen Sicherheit angesehen; insbesondere für Westeuropa wird eine erhöhte Gefährdungslage angenommen. Anders als in früheren Bürgerkriegen greifen nicht nur [Sunniten](#), sondern erstmals auch [schiitische](#) Freiwillige in großer Zahl in die Kämpfe ein. Auf Regierungsseite kämpfen geschätzte 7.000–8.000 ausländische Schiiten, vor allem Soldaten der libanesischen [Hisbollah](#), aber auch irakische [Milizionäre](#), die beide Unterstützung vom [Iran](#) erfahren. Das ungefähre quantitative Gleichgewicht zeigt die religiöse Dimension des Konfliktes und seine Verschärfung durch den sunnitisch-schiitischen Gegensatz.[89]

Bis zum Herbst 2013 ist die militärische Hauptlast weitgehend auf islamistische Aufständische übergegangen, die sich auch organisatorisch neu aufstellten. Im September schätzte [Jane's](#), dass die 100.000 oppositionellen Kämpfer sich aus 10.000 teils internationalen Dschihadisten der al-Qaida, 30.000 bis 35.000 radikalen syrischen Islamisten und 30.000 „moderaten“ Islamisten rekrutieren. Säkulare und nationalistische Kampfgruppen bilden dagegen nur noch eine Minderheit.[90] Im November 2013 traten sieben islamistische Rebellengruppen aus der FSA aus und schlossen sich zur [Islamischen Front](#) zusammen, die mit geschätzten 45.000 Kämpfern das größte bewaffnete Oppositionsbündnis bildet und vermutlich von [Saudi-Arabien](#) finanziert wird.[91] Analysten sehen in der Gründung, die einen islamischen „Gottesstaat“ in Syrien fordert, eine weitere Abnahme des westlichen Einflusses auf den Konfliktverlauf und gehen von einer Verhärtung der Bürgerkriegsfronten aus.[92] Anfang Dezember nahm eine ihrer Untergruppen, [Ahrar al-Scham](#), das Hauptquartier der von den USA unterstützten FSA nahe der türkischen Grenze ein und erbeutete umfangreiche Waffenbestände; die säkulare Opposition gilt seitdem als stark geschwächt und uneins.[91]

Nach monatelangen Spannungen im Oppositionslager eröffnete im Januar 2014 eine islamistische Rebellenkoalition unter Führung der Islamischen Front die Offensive gegen den al-Qaida-Ableger ISIL, dem eine rücksichtslose Implementierung der [Scharia](#) in den von ihm besetzten Gebieten vorgeworfen wird.[93] Bei schweren Kämpfen in Nord- und Ostsyrien kamen hunderte Bewaffnete auf beiden Seiten ums Leben.[94] Die al-Nusra-Front, die ebenfalls der al-Qaida zugerechnet wird, aber über eine größere Verankerung in der syrischen Bevölkerung verfügt, verhält sich in dem internen Machtkampf bislang weitgehend neutral.[91]